2. Eröffnung der Konferenz:

Bernhard Sonntag, Vorsitzender DGB-Kreis Ostsachsen
Beschäftigungspakte in der Grenzregion

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu der gemeinsam vom Interregionalen Gewerkschaftsrat (IGR) Elbe/Neiße, vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) und vom DGB-Landesbezirk Sachsen durchgeführten Konferenz darf ich Sie ganz herzlich begrüßen. Ich freue mich, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind.

Besonders begrüßen möchte ich den Oberbürgermeister der Stadt Bautzen, Herrn Schramm, und den Bürgermeister von Kamenz, Herrn Kunze. Ich freue mich, dass Bundestags- und Landtagsabgeordnete den Weg zu uns gefunden haben. Herzlich willkommen Herr Schiemann und Herr Schmidt von der CDU, Frau Wittig von der SPD und Frau Schulz von der PDS.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf allen politischen Ebenen wird durch die Anbindung der Sozialpartner, d.h. der Gewerkschaften und der Arbeitgeber gemeinsam mit den politisch Verantwortlichen eine Politik gestaltet, die für mehr Beschäftigung sorgen soll. Auf europäischer Ebene heißt das „Beschäftigungspakt", auf Bundesebene „Bündnis für Arbeit". Hier in Sachsen haben wir die Stiftung für Innovation und Arbeit. In vielen anderen europäischen Ländern haben diese Bündnisse für Beschäftigung eine lange Tradition und auch durchaus Erfolge vorzuweisen. Deshalb kommt es umso mehr darauf an, Beschäftigungsbündnisse in den Betrieben, Branchen und Regionen auf den Weg zu bringen. In aller Munde ist die Lausitzinitiative. Ich freue mich sehr, dass dieses Vorhaben nun den nötigen Zuspruch erhält, insbesondere auch deshalb, weil wir als Gewerkschaften zu den Erfindern dieses Gedankens gehören.

Gerade in der Grenzregion hat der Gedanke eines Beschäftigungspaktes große Bedeutung. Denn an der Noch-EU-Außengrenze sind wir mit ökonomischen und sozialen Problemstellungen konfrontiert, die aus dem Systemwechsel vom Kommunismus zur Marktwirtschaft resultieren. Dramatische Strukturveränderungen in der Wirtschaft, Massenarbeitslosigkeit oder das Wegbrechen von Absatzmärkten sind als Stichworte zu nennen. Diese Umbrüche sind für viele Menschen kaum mehr nachvollziehbar und für einzelne Regionen gewaltig. Diese Situation erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und anderen regionalen Akteuren, um den Umbruch für die Menschen in der Region sozial verträglich zu gestalten. In diesem Sinne versteht sich der Interregionale Gewerkschaftsrat (IGR) Elbe/Neiße als das soziale Gewissen in dieser Region.

Gerade in den ersten Jahren nach der Wende hatten wir uns als Gewerkschaften immer wieder mit Widerständen auseinanderzusetzen, wenn wir regionale beschäftigungs- und strukturpolitische Ansätze zur Gestaltung des Strukturwandels eingefordert haben. Die Wirtschaft habe in der Wirtschaft stattzufinden, in die die Politik nicht

einzugreifen hätte, war das politische Credo. Diese Orientierung erschwert immer noch das politische Handeln. Dies obwohl durch aktive Arbeitsmarktpolitik, durch Beschäftigungsbrücken und Qualifizierung, aber auch durch eine gezielte Wirtschaftsförderung nicht nur sozialpolitische Erfolge erzielt wurden.

Auf massiven Druck konnten wir Beschäftigungsgesellschaften gründen. Darüber hinaus arbeiten die regionalen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften mittlerweile in verschiedenen Gremien und Netzwerken zusammen. Erinnern möchte ich auch daran, dass die Lausitzinitiative durch den Druck der Gewerkschaften auf den Weg gebracht wurde. 1996 hatten wir die damalige EU-Kommissarin Monika-Wulff-Matthies in Niesky zu Gast bei einer internationalen Tagung. Im Ergebnis der Folgekonferenz 1999 in Hoyerswerda wurde die Lausitzinitiative auf den Weg gebracht.

Unser Anspruch, das soziale Gewissen zu sein, wird durch zahlreiche Initiativen zum regionalen Strukturwandel unterstrichen. Dabei kommt auf die Gewerkschaften auch die Aufgabe zu, bei der Gestaltung der EU-Politik mitzuwirken. Das ist eine Aufgabe, die mit viel Engagement und Sachkenntnis betrieben werden muss. Wer den sozialen Dialog will und wer Beschäftigungsbündnisse qualifiziert vorantreiben will, der muss auch den Gewerkschaften den Zugang zu den Programmen der Europäischen Union öffnen, denn qualifizierte Mitarbeit ist nur möglich, wenn dazu auch die notwendigen Ressourcen bereitstehen. Dabei ist uns bewusst, dass Beschäftigungsinitiativen nicht alle Probleme der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik lösen können. Sie können aber den Begriff der sozialen Marktwirtschaft beleben und mit Sinn erfüllen. Durch gemeinsames Handeln und eine abgestimmte Vorgehensweise können Arbeitsplätze erhalten oder neue geschaffen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Mittelpunkt unserer Tagung steht die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Grenzregion. Oftmals entsteht der Eindruck, dass die Grenzregion auch gleichbedeutend ist mit einer ärmeren Region. Viel zu wenig werden aus meiner Sicht die Chancen und Möglichkeiten, die sich an der Schnittstelle zu unterschiedlichen Ländern ergeben, genutzt. Durch die anstehende EU-Osterweiterung werden wir in Ostsachsen, in Schlesien und in Böhmen weitere Umstrukturierungen erfahren. Unternehmen werden hüben wie drüben miteinander kooperieren und konkurrieren. Betriebe werden sich dort ansiedeln, wo sie die besten Bedingungen vorfinden. Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen werden die nationalen Grenzen überspringen. Wir stehen in unserem Dreiländereck in direkter Konkurrenz nicht nur miteinander, sondern zu vielen Regionen innerhalb, aber auch außerhalb der EU. Unsere gemeinsame Aufgabe ist es, schon heute auf diese Veränderungen vorzubereiten: durch Kontakte mit unseren jeweiligen Partnern, durch einen gemeinsamen Ausbau der Infrastruktur, durch Qualifizierung der Arbeitnehmer und der Unternehmer. Es geht um nicht weniger, als dass trotz globaler Wirtschaft in der Region die Menschen leben und arbeiten können.

Ich wünsche mir von dieser Tagung, dass wir gemeinsam den nächsten Schritt der Zusammenarbeit diskutieren. Schaffen wir mit dem Ziel grenzüberschreitender Beschäftigungspakte die Voraussetzung für eine regionale Entwicklung, für unseren

gemeinsamen Wirtschaftsraum. Protektionismus, Abschottung der Märkte oder andere Barrieren sind für eine Entwicklung in unserem Dreiländereck langfristig keine Lösung. Unsere Handlungsalternative kann nicht „abwarten" heißen. Vielmehr liegt sie gerade für uns als Gewerkschaften in der Begleitung und Gestaltung dieser Entwicklung. Dazu wünsche ich allen Beteiligten viel Erfolg und ein herzliches Glückauf.